

Dresdner Volkszeitung

Hauptsitz: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Geb. Knapf, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen
„Voll und Zeit“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.
Telegraphische Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schiffverteilung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261, Sprech-
kunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Normalzeile
30 M., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 25 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietsgesuche
40 Proz. Rabatt. Für Preisüberlegung 10 Pf.

Nr. 128

Dresden, Sonnabend den 5. Juni 1926

37. Jahrg.

Sodensterns Revolutionsplan

Ein provoziertes Kommunistenputsch — Zerstückelung des Parlamentarismus — Die Kriegspläne des Oberst Nicolai

Zwischen dem Jungdeutschen Orden und andern rechts-
radikalen Verbänden toben, wie bekannt, seit einiger Zeit
heftige Kämpfe, die davon ausgegangen sind, daß man den
„Reichsheer“ Mahraun beschuldigte, mit Franzosen
verhandelt zu haben. Das von seinen engsten „Ge-
heimnisfreunden“ entsefelte Heftstreifen erreichte seinen
Höhepunkt, als bekannt wurde, daß der Reichsheer-
minister von Mahraun eine Denkschrift erhalten habe, in
der er die Beziehungen zwischen „Vaterländischen“
und Reichsheer darstellte. Major v. Sodenstern,
Redakteur der Deutschen Zeitung in Berlin, erhob gegen
Mahraun den Vorwurf, daß auf Grund seiner Angaben
die Enthüllungen über rechtsradikale Putsch-
pläne und die Hausdurchsuchungen bei mehreren Wirtschaft-
führern des Ruhrgebietes zurückzuführen seien. Bekanntlich
ist auch bei Sodenstern eine solche Hausdurchsuchung vor-
genommen worden. In dem Streit zwischen ihm und Mahraun
spielte auch eine Rede eine Rolle, die Sodenstern gehalten
hat und die für Mahraun die Auffassung zu bestätigen schien,
daß es angebracht sei, die Reichsheer zu bestärken (siehe,
wenn es angebracht sei, die Reichsheer vor einer all-
gemeinen Verärgerung mit gewissen unverant-
wortlichen Kreisen zu warnen. In der neuesten
Nummer seines „Jungdeutschen“ gibt Mahraun jetzt
ein Protokoll über die Rede Sodensterns wieder, das ihm
am 2. Juni v. Sodenstern, daß die Hausdurchsuchung bei ihm völlig
unrechtfertig sei, als auch auf die Unschuldsbeteuerungen
gewisser anderer Leute ein großes Licht werft. Sodenstern hat
nach dem erwähnten Protokoll nämlich gesagt:

„Ich werde hier nur als Sprachorgan und als aus-
sprechendes Organ meines Chefs, des Kapitän Ehrhardt,
meiner Meinung nach in ein Putsch, der von nationaler Seite
veranlaßt wird, so lange von vornherein zum Scheitern ver-
urteilt, solange nicht ein kommunistischer Putsch vor-
geht. Sollte dieser von uns erwünschte kommunistischer Putsch
von selbst kommen, dann muß er eben provoziert werden,
dann müssen die Wirtschaftskreise Berlin, wie
Schick, Siemens, Schwanitz, Anstehrems und sonstige Unter-
nehmer, die der Deutschen Industriellenvereinigung angeschlossen
sind, nachweislich größere Arbeitermassen auf die Straße
werfen. In demselben Augenblick, wenn kommunistische
Mannschaften einziehen, wird das Wachregiment der Reichsheer
aus Berlin herausgezogen und nach Döberitz verlegt. Berlin ist
dann in Gefahr, da wenigstens 50 Prozent der Berliner Polizei nicht
einschlägig sind. Der „Wiking“ wird erst dann seine Hilfe
zur Niederschlagung des kommunistischen Putsches
zur Verfügung stellen, wenn von Regierungsseite aus den Ver-
bänden Garantien gegeben werden, in der Richtung, daß ganze
Arbeitskräfte nicht, das heißt Zerstückelung des Parla-
mentarismus, Absetzung nationaler Ober-
präsidenten und Landräte usw.“

Der weitere Inhalt des v. Sodensterns über das Verhältnis
des Reichspräsidenten v. Hindenburg zum Reichsheer
Dr. Luther und über eine kommende Regierungsübernahme,
wobei er sich auf seine Unterredung mit dem Reichspräsidenten
bezieht. Das Protokoll sagt zum Schluß: „Obwohl es nicht aus-
drücklich darauf hinweist, mußte der Eindruck erweckt werden,
daß es dieser beschuldigte Regierungswechsel v. Hindenburg ver-
antwortlich ist, gutgehehen werde.“

Mahraun nimmt hier, wie das B. Z. berichtet, auch den
Obersten Nicolai vor, dem unter Angabe von allerlei Ein-
zelheiten nachgelogt worden war, daß er einen „arohzigen“
Plan einer militärischen Zusammenarbeit
zwischen Deutschland und Sowjetrußland
verfolge, auf Grund dessen Deutschland in einem neuen
Krieg mit Frankreich bis zur Hälfte seines Ter-
ritoriums preisgegeben werden soll. Nicolai hat
alle vorerwähnten Absichten bestritten. Mahraun ver-
stärkt demgegenüber den Bericht der „Bruderschaft
Vejurk“ seines Ordens vom 27. Februar 1926, aus dem
hervorgeht, daß der Oberst Nicolai in der Tat der
Verbreiter dieser provokatorischen „Pläne“ ist.
Im dem erwähnten ausführlichen Bericht heißt es:

„Nicht lebhafter und ziemlich ausführlich sprach er
(Nicolai) zum Fall Reichsberg. Er bezeichnete Reichsberg
als besonders gefährlich, und sah seine eigene Ver-
haltensweise als für unsere nationalen Belange hoch
wichtig an. Besonders nachdruckvoll legte er dar, daß die
Arten zum Fall Reichsberg nach seinem unentwinnlichen
Abgang sofort verschwinden und in die Hände der Link-
organisationen gelangen seien. Man mußte das Gefühl
haben, daß ihm das Abhandeln dieses Affärenstücks be-
sonders unangenehm war.“

Den Transport der in der Schweiz arbeitenden russischen
Söldner durch ganz Deutschland 1917 über die Dän-
ische Meerenge im geschlossenen Eisenbahnwagen erzählt
er, als sein Werk, mit viel Besorgnis. Auch betonte er seine
Neigung der Ohnmacht, sprach von dem arischen russischen
Heer und der kommenden kriegerischen Aus-
sicht auf eine Verständigung mit Frankreich, die allerdings bei den
Verständigungsarbeiten, mit denen man jetzt gerade noch voran
geht, in unserer Gegend (Sibirien) anzufangen sei.
Er wolle das Land besonders mit einem Heer von Ver-
trauensleuten übergeben, die eine Art Mobil-

„Der preussische Ministerpräsident Braun hatte vor
kurzem im Landtage darauf hingewiesen, daß die Pläne der
Rechtsradikalen dahin gingen, einen kommunisten-
putsch zu provozieren, um dann ihren eigenen Putsch
losgelassen unbemerkt, in Szene setzen zu können. Gegen diese
Behauptung wäre, von Seiten der Deutschnationalen, mit
einem Proteststurm angefahren worden. Das von Mah-
raun veröffentlichte Protokoll, das dieser sicherlich nicht
als Kampfmittel benutzen würde, wenn er an seiner Kuthe-
stisch auch nur die geringsten Zweifel hätte, zeigt jetzt, was
man von diesem deutschnationalen Protest zu halten hat.
Der von dem Herrn v. Sodenstern empfohlenen Verbeif-
führung eines „Kommunistenputsches“ dient, im Ver-
ein mit der Deutschen Zeitung, vor allem die Augenber-
gung, das Lafontaine und Log, deren infame Ver-
einigungstaktik ja wohl noch unvergessen ist. Deut-
licher als Herr v. Sodenstern kann man die Absicht, bei jeder
Gelegenheit einen Putsch herbeizuführen, wief-
lich nicht an den Tag legen. So für das bestätigt diese
Rede, was Ministerpräsident Braun über die Ernsthaftig-
keit der rechtsradikalen Umsturzpläne gesagt hat.
Braun wies auch, ebenso wie jetzt wieder Ministerialdirektor
Abegg, auf die unter Ehrhardts Kommando angestrebte
Einigung aller rechtsradikalen Verbände
hin, und Sodenstern erklärt ausdrücklich, daß er als aus-
führendes Organ Ehrhardts spreche. In den
Reihen der Deutschen Volkspartei könnten die Mahraunischen
Mitteilungen vielleicht dazu beitragen, allmählich den Boden
für die Auffassung vorzubereiten, daß im Staate Dänemark
manches fauler ist, als dem deutschen Spießer angenehm
sein dürfte, und daß auch die Hausdurchsuchungen bei
Partei Freunden nicht dazu berechtigen, über eine Aktion sich
zu entscheiden, deren Notwendigkeit mit jedem Tage
deutlicher wird.“

„In dem höchst eigenartigen Licht wird im Laufe der Verhand-
lung der berüchtigte russische Privatdozent Dr. Ruge ge-
leuchtet. Nach der Erinnerung des Regierungsbaumeisters Schöler hat Ruge
jenseits von dem Nord am dem Studenten Bauer bekam, äußerlich
er sofort an seine Umarmung: „Da kann nur Ruge die Hand
im Spiel gehabt haben“. Nach der Auffassung eines an-
deren Zeugen, des Kaufmanns Bus, ist Ruge lediglich ein „ber-
schrobener Kopf“ gewesen, dessen Verehrbarkeit allerdings „junger
von einem Franzosen stammen,
nämlich einem Spießer, dem man seine Darmmittel abge-
nommen habe.“

„In dem höchst eigenartigen Licht wird im Laufe der Verhand-
lung der berüchtigte russische Privatdozent Dr. Ruge ge-
leuchtet. Nach der Erinnerung des Regierungsbaumeisters Schöler hat Ruge
jenseits von dem Nord am dem Studenten Bauer bekam, äußerlich
er sofort an seine Umarmung: „Da kann nur Ruge die Hand
im Spiel gehabt haben“. Nach der Auffassung eines an-
deren Zeugen, des Kaufmanns Bus, ist Ruge lediglich ein „ber-
schrobener Kopf“ gewesen, dessen Verehrbarkeit allerdings „junger
von einem Franzosen stammen,
nämlich einem Spießer, dem man seine Darmmittel abge-
nommen habe.“

Das „Ja“ aller Schaffenden!

An die Gewerkschaftsmitglieder!

Zwölf Millionen deutschen Männer und Frauen
haben im März 1926 den Volksentscheid über die
entschädigungslose Enteignung der deutschen Fürsten ge-
ferndert. Mit dieser gewaltigen Willensfundgebung hat das
deutsche Volk zum erstenmal selbst die Initiative zur Befrei-
gung in einer Frage von weittragender Bedeutung er-
griffen.

Es ist kein Zufall, sondern in der Geschichte des Kampfes
um die Sicherung und den Ausbau der deutschen Republik
begründet, daß der erste Akt unmittelbarer Gesetzgebung
durch das Volk um den Sieg des Bedenkens geht:

Volksrecht bricht Fürstenrecht!

Die Fürsten selbst haben diese Entscheidung herauf-
beschworen. In einer Zeit, in der Millionen deutsche Ar-
beitnehmer ohne Arbeit sind und von kurzen Unterbrechungen
leben müssen, in einer Zeit, in der viele Hunderttausende
von Invaliden und sonstigen Sozialrentnern, Kriegsbeschä-
digten und Kriegsernteliebenden sich in Not befinden, nach
einem Krieg, in dem Millionen deutsche Frauen und Mütter
ihre Männer und ihre Söhne haben hergeben müssen, wissen
die ehemaligen deutschen Fürsten keinen andern Weg.

Ihre Vaterlandsliebe

zu betätigen, als nur ihres privaten Vorteils willen unge-
duldliche Ansprüche an Geld und Gut an den neuen Staat zu
stellen.

Kein Wunder, daß die Fürsten mit diesen „Landesväter-
lichen“ Bestrebungen auf verständnisvolle Unterstützung aller
Arbeiter in Deutschland rechnen können, die noch immer
darauf hoffen, eines Tages die verhaßte Republik stürzen
und ihre Diktatur an Stelle des demokratischen Staates
setzen zu können. Von dieser Diktatur, deren Pläne in den
letzten Wochen aufgedeckt wurden, bis zur Wiederaufrichtung
der alten Fürstentümer ist nur ein Schritt.

Inzwischen sollen den Fürsten Hunderte von
Berlin, Juni 1926.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund

Der Blücherbund und die Feme

Französische Gelder für die Vaterländischen

D. Berlin, 5. Juni.

Am Homeausflug des Reichstags wurde gestern
die Untersuchung im Fall Bauer fortgesetzt. Bernoulli wurde
zunächst der Zeuge Schäfer, ein 40 Jahre alter Regierungs-
baumeister, der den in Frage kommenden „Blücherbund“ mit-
gegründet und geführt hat. Der Aufbau der Organisation ist nach
Angabe des Zeugen so unvollkommen gewesen, daß an eine mili-
tärliche Gliederung oder gar an eine militärische Verwen-
dung des Bundes nicht hätte gedacht werden können. Auf die Frage
des Vorsitzenden gibt der Zeuge jedoch zu, daß im Januar 1923, als
der Aufstand der Franzosen vor sich ging, vom „Blücherbund“

Waffen zusammengelesen wurden, worüber merkwürdigerweise
die Behörde unterrichtet gewesen ist.

Der Zeuge behauptet, es habe sich um „Salbe Vorberei-
tungen“ gehandelt. Die Waffen seien durch Kommandos unter
förmlicher Führung gesammelt worden. — Einmal habe man
Vogel damit beauftragt. Die Waffen seien aber nicht ange-
kommen. Ein paar hundert Gewehre und einige Dutzend Na-
schingengewehre habe man so zusammengebracht und sie dann später
an die Reichsheer abgeliefert.

Als gefragt wird, woher die Gelder für die Waffen kamen,
beantwortet der deutschnational Abgeordnete Schäfer die
Frage aus Gründen der „Staatsicherheit“. Der Vor-
sitzende läßt jedoch die Frage zu, und es ergibt sich aus den Aus-
sagen des Zeugen, daß sämtliche Gelder, mit denen die „Vater-
ländischen Verbände“ damals zum Bürgerkrieg und gegen den „ähreren
Feind“ rüsteten,

von einem Franzosen stammen,
nämlich einem Spießer, dem man seine Darmmittel abge-
nommen habe.

„In dem höchst eigenartigen Licht wird im Laufe der Verhand-
lung der berüchtigte russische Privatdozent Dr. Ruge ge-
leuchtet. Nach der Erinnerung des Regierungsbaumeisters Schöler hat Ruge
jenseits von dem Nord am dem Studenten Bauer bekam, äußerlich
er sofort an seine Umarmung: „Da kann nur Ruge die Hand
im Spiel gehabt haben“. Nach der Auffassung eines an-
deren Zeugen, des Kaufmanns Bus, ist Ruge lediglich ein „ber-
schrobener Kopf“ gewesen, dessen Verehrbarkeit allerdings „junger
von einem Franzosen stammen,
nämlich einem Spießer, dem man seine Darmmittel abge-
nommen habe.“

Millionen deutschen Volkvermögens als Warke-
geld ausgezahlt werden.

Die Reparationszahlungen, an denen beson-
ders das arbeitende Volk in den nächsten Jahren zu tragen
haben wird, sind in den Augen der Monarchisten offenbar
noch keine genügend schwere Belastung. Das deutsche Volk
soll außerdem neue schwere Lasten in Form von

Reparationszahlungen an seine früheren Beherrscher

auf seine geduldigen Schultern nehmen.

Das muß der Volksentscheid verhindern. Die Saboteur
der deutschen Fürsten steht in umgekehrtem Verhältnis zu
den Verdiensten, die sie um Land und Volk erworben haben.
Die Glanzjahre seit dem Kriege sind die bitteren Folgen
jener verfaßten Politik, deren verantwortliche Träger die
Fürsten und ihre monarchistische Gefolgschaft gewesen sind.
Es gilt das Recht des neuen Staates, das
Interesse des Volksganzen zu verteidigen gegen die An-
maßung der Fürsten wie gegen die Aufschübe der Mon-
archisten. Das ist die große Bedeutung des

Volksentscheid am 20. Juni

Die Entscheidung kann für die organisierten Arbeit-
nehmer in Stadt und Land nicht zweifelhaft sein. Am
20. Juni gibt es nur eine Antwort auf die Forderung der
Fürsten: Das einmütige „Ja“ aller Arbeiter, Angestellten
und Beamten für die entschädigungslose Enteignung.
Gewerkschaftsmitglieder! Unterstützt die Samm-
lungen für den Volksentscheid, jeder nach seinen Kräften.
Gute Beiträge müssen den Weg zum Sieg bahnen.

Zum Sieg des freien Volkes über seine Unterdrücker
Zum Sieg der deutschen Republik über ihre Feinde

Der Wille des arbeitenden Volkes
muß das Recht des neuen Staates bestimmen.

Allgemeiner freier Angestelltenbund